Herausforderungen und Fortschritte auf dem Weg zur postmigrantischen Gesellschaft

Pressekonferenz zum Datenreport 2016

Statement Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Sehr geehrter Herr Pötzsch,
Sehr geehrte Frau Prof. Allmendinger,
sehr geehrte Frau von Oppeln-Bronikowski,
sehr geehrte Frau Bünning,

sehr geehrte Damen und Herren.

Deutschlands Bevölkerung wird vielfältiger. Die hier vorgestellten Zahlen und die in den Medien vor allem im Spätsommer und Herbst des letzten Jahres dauerpräsente Entwicklung der Fluchtmigration nach Deutschland sprechen für sich. Auch meine Vorrednerinnen haben es bereits gesagt: Jeder fünfte Mensch in Deutschland hat seine Wurzeln im Ausland. Und es sieht nicht so aus, als ob diese Quote in absehbarer Zeit sinken wird - im Gegenteil. Schauen wir nur auf die Kinder in Deutschland unter sechs Jahren, da hat schon jedes dritte einen Migrationshintergrund. So ist es auch kein Wunder, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Durchschnitt deutlich jünger sind als diejenigen, die keine Wurzeln im Ausland haben.

Deutschland als postmigrantische Gesellschaft

Die zugrunde liegenden Statistiken belegen aufs Neue, was schon längst erkennbar und anerkannt ist. Durch Einwanderung findet ein demografischer Wandel statt, der unsere Gesellschaft einer Transformation unterzieht. Diese Transformation muss diskutiert und ausgehandelt werden.

Mit dem Bekenntnis zur Identität als Einwanderungsland ist auch die postmigrantische Gesellschaft ein Fakt, der nicht mehr weg zu argumentieren ist: Der vor allem durch die Berliner Kulturszene popularisierte Begriff der postmigrantischen Gesellschaft meint eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen über eigene oder familiäre Migrationserfahrungen verfügen. Eine Gesellschaft, in der hybride Identitäten, plurale Erfahrungswelten, grenzüberschreitende Lebensweisen und multiperspektive Geschichtsbilder sich verdichten und neue Sichtbarkeit erlangen.

Für den Großteil der Jugendlichen – das zeigt die kürzlich erschienene SINUS-Jugendstudie – sind viele Aspekte der postmigrantischen Gesellschaft selbstverständlicher Alltag. Die Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren sind mehrheitlich tolerant und fordern mehr Engagement für eine gelungene Integration. Gleiches zeigt die quantitativ ausgerichtete Shell-Jugendstudie: 48 Prozent der Jugendlichen haben Angst vor Ausländerfeindlichkeit. Demgegenüber sind die Jugendlichen offener gegenüber Zuwanderung geworden. Noch 2002 plädierten 48 Prozent der Jugendlichen und 2006 sogar 58 Prozent dafür, die Zuwanderung nach Deutschland zu verringern. 2015 unterstützen nur noch 37 Prozent diese Aussage.

Deutschland als eine Gesellschaft, die sich lange Zeit nicht als Einwanderungsland begriffen hat, ist nun darum bemüht, ihre Strukturen, Institutionen und politische Kultur *nachholend* an die erkannte Migrationsrealität anzupassen. Dies hat mehr Durchlässigkeit und soziale Aufstiege, aber auch Abwehrreaktionen und Verteilungskämpfe zur Folge.

Der Datenreport erinnert uns daran, dass Migranten und ihre Nachkommen in unterschiedlicher Weise und Ausprägung am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Die größten Einflussfaktoren darauf sind ihr rechtlicher und sozialer Status, die wichtigsten Voraussetzungen sind Bildung und berufliche Qualifizierung. Es müssen deshalb Maßnahmen verstärkt werden, um die von Frau von Oppeln-Bronikowski geschilderten Unterschiede und den relativen Rückstand von Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Bereich zu beseitigen.

Die nach Deutschland kommenden und auch die bereits länger in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Möglichkeit haben, tatsächlich „anzukommen". Für politische Bildung bedeutet dies einerseits, dass entsprechende Zugänge zu Bildungsangeboten und Orientierungshilfen geschaffen werden müssen. Gleichzeitig müssen aber auch partizipative Strukturen entstehen, die es ermöglichen, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich beteiligen und somit gesellschaftliche Prozesse mitgestalten können. Vor diesem Hintergrund hinterfragen wir unser eigenes Handeln durchaus selbstkritisch: Sprechen wir die wesentlichen Konfliktlinien, aber auch Handlungsfelder einer sich transformierenden Gesellschaft an?

Beiderseitige Integration

Diese Fragen führen uns zur anderen Seite der Medaille: Gesellschaftliche Teilhabe, verstanden als Engagement und Partizipation am politischen Diskurs, ist auch davon abhängig, wie offen und durchlässig die Mehrheitsgesellschaft für Menschen mit Migrationserfahrungen ist. Ein Hinweis auf Probleme in diesem Bereich können wir im Kapitel des Datenreports über ausgewählte Lebensbedingungen von Personen mit Migrationshintergrund finden. Dort geht es unter anderem auch um die Wohnsituation.

Ein Großteil der Menschen mit Migrationshintergrund lebt in größeren Städten, wo der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum generell erschwert ist. Zudem sei es wahrscheinlich – und hier möchte ich den Datenreport wörtlich zitieren: „dass Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eine Rolle spielt". Frau Bünning hat die Statistiken zu Diskriminierungserfahrungen und Angst vor rassistischer Diskriminierung bereits weiter ausgeführt.

An diesem einfachen Beispiel der ungleichen Behandlung auf dem Wohnungsmarkt wird ein tieferliegendes Problem erkennbar: Es gibt rassistisch, zum Teil völkisch anmutende Anschauungen in der Gesellschaft, die tief verwurzelt sind. In der aktuellen Situation, da viele Menschen asylsuchend nach Europa und speziell Deutschland kommen, werden diese stärker sichtbar.

Die hervorstechenden Beispiele hierzulande sind die verschiedenen Pegida-Bewegungen und die an Stärke gewinnende rechtspopulistische Schlagseite in den öffentlichen Diskussionen. Die Asylpolitik der Bundesregierung ist nur ein Aufhänger: Wie im Brennglas zeigt sich in dieser Diskussion eine tiefsitzende grundsätzliche Abwehrhaltung gegen alles, was anders und fremd ist. Es ist kein Zufall, dass diejenigen, die scharf gegen Geflüchtete hetzen, auch überproportional oft Homo- und Transsexualität oder die Gleichheit von Mann und Frau (Stichworte sind: Genderitis, Genderismus, Gleichmachereiwahnsinn) ablehnen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal kurz auf die SINUS-Studie eingehen: Denn so wie wir es hier gesamtgesellschaftlich beobachten, äußern auch manche Jugendliche immer noch Vorbehalte gegenüber anderen Nationalitäten. Meist handelt es sich dabei um tradierte Stereotype, die aber nicht immer als bloße Klischees erkannt werden.

Hier sehe ich eine der wichtigsten Aufgaben politischer Bildung im Zusammenhang mit Migration und Integration. Denn Integration darf nicht als einseitiger Prozess betrachtet werden. Die postmigrantische Gesellschaft funktioniert nur, wenn eine beiderseitige Integration stattfindet. Mit anderen Worten: Wenn auf Basis eines Konsenses über die normativen Grundwerte – das heißt das Grundgesetz – gesellschaftliche Konflikte von allen Beteiligten gemeinsam verhandelt werden.

Für die politische Bildung bedeutet das, dass wir diese in Teilen der Gesellschaft herrschenden Vorurteile im Blick haben und entkräften müssen. Dafür stellen wir alltagstaugliche Argumentationshilfen gegen Hass und jegliche Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bereit. Zum einen in Form unserer klassischen Angebote, also faktenbasierte Unterrichtsmaterialien und Publikationen, in Online-Dossiers und auf Veranstaltungen aller Art. Aber auch auf anderen Wegen sind wir aktiv und kooperieren zum Beispiel mit Stars aus der YouTuber-Szene, die junge Menschen erreichen, die sonst nicht einmal mehr über das klassische Massenmedium Fernsehen angesprochen werden können. Mit alldem verfolgen wir das Ziel, dass in einer postmigrantischen Gesellschaft die Souveränität im Umgang mit Vielfalt und Pluralität zur sozialen Norm wird.

Ein neues gesellschaftliches Wir in der Warteschleife

Die Beantwortung der Frage nach einem neuen „gesellschaftlichen Wir“ ist entscheidend für unsere Zukunftsfähigkeit. Die politische Bildung kann und darf sich dieser öffentlichen Debatte nicht verschließen. Ich bin der Überzeugung, dass dieses „Wir“ umfassender und vielschichtiger werden muss. Auf keinen Fall kann es sich nur an der ethnisch-kulturellen Herkunft orientieren. Nationale Phantasmen nähren zwar kurzfristig die Illusion, die Komplexität der modernen Welt durch einfache Modelle zähmen zu können – so die Versprechen, die hinter den aktuellen Renationalisierungstendenzen in Deutschland und europaweit zu hören sind. Aber ein unvoreingenommener Blick verdeutlicht, dass Vielfalt und transnationale Hybridität Realität sind. Zukunftsfähigkeit liegt im souveränen Umgang mit dieser Realität.

Dies gilt in der politischen Bildung auch im Hinblick auf die Pluralität der Institutionen und der potenziellen Partner. Es müssen sich „neue deutsche Institutionen“ entwickeln. Institutionen, in deren Grammatik sich die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen eingeschrieben haben, in denen gesellschaftliche Vielfalt Normalität ist und die Pluralität der Lebensstile anerkannt und gelebt wird.

Klar ist, dass es der Zusammenarbeit mit und der Beteiligung vieler „neuer Deutscher“ bedarf. Sie müssen ihre Perspektive einbringen können und als „Role Models“ fungieren. Es bedarf auch gesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse mit all jenen, die zwar nicht qua Herkunft „Neue Deutsche“ sind, aber unabhängig davon ein „Neues Deutschland“ imaginieren. Ein Deutschland, das seine Pluralität als Gewinn sieht und diese auch lebt. Mit all jenen, die Deutschland auf neue Weise wahrnehmen und daran mitarbeiten, einen grundlegenden Perspektivenwechsel auf die Gesellschaft zu vollziehen.

Wichtige Schritte hin zur Pluralisierung der Partner politischer Bildung wurden bereits gemacht. Ein Beispiel ist das zu Beginn des Jahres ausgeschriebene Förderprogramm der bpb für Modellprojekte zum Thema Flucht. In sehr kurzer Zeit haben sich fast 700 Vereine, Organisationen und Initiativen beworben.

Darunter nicht nur anerkannte Träger politischer Bildung, sondern auch neue Akteure im Bildungsbereich: Akteure, die sich die Selbstermächtigung von Geflüchteten auf die Fahnen geschrieben haben. Und Akteure, die nicht FÜR jemanden handeln, sondern MIT den Betroffenen. Wir erkennen also, dass das zivilgesellschaftliche Selbstbewusstsein und der Wille zum Engagement durchaus vorhanden sind.

Die vielen neuen Partner, die im Zusammenhang mit der Arbeit für und mit Geflüchteten gewonnen werden können, sind eine große Chancen für die politische Bildung – sie sind neue Agenten für Demokratie. Sie sind potentielle und hoch motivierte Multiplikatoren, die wir fest in unsere Arbeit integrieren wollen – um gemeinsam die Schlagworte Anerkennungskultur, Teilhabe und Pluralität mit Leben zu füllen.

Sie sehen: die Ergebnisse des Datenreports liefern uns wertvolle Erkenntnisse für unsere Arbeit. Vor allem bekommen wir handfeste Hinweise darauf, welche Aufgaben die gesellschaftliche Entwicklung an uns stellt. Bezogen auf den Themenkomplex Migration und Integration gilt es für uns und unsere Partner nun präzise, zielgruppengerechte politische Bildungsangebote zu entwickeln.